

Professor Dr. rer. nat. Georg Müller

Probleme bei der Einführung und Fortentwicklung der Rektoratsverfassung an der Bergakademie Clausthal zwischen 1908 und 1948 sowie mit dem Rektoratswechsel verbundene Ereignisse

Teil I – Vorgeschichte und die Satzung des Jahres 1919

Vorgeschichte

Ende des vorigen Jahrhunderts rangen die gerade etablierten Technischen Hochschulen (Aachen, 1880; Charlottenburg, 1879; Braunschweig, 1878; Hannover, 1880) gemeinsam mit den Technischen Hochschulen der süddeutschen Staaten um ihre Gleichstellung mit den Universitäten. Im Gefolge dieser Bemühungen wurden zwischen 1879 und 1890 die an den Technischen Hochschulen bestehenden Direktoratsverfassungen durch das Wahlrektorat ersetzt. Den preußischen Technischen Hochschulen wurden 1899 die Promotionsrechte zugestanden. Das Herzogtum Braunschweig trat, wie andere deutsche Staaten auch, den preußischen Regelungen bei.

Bei der Gleichstellung der Technischen Hochschulen mit den Universitäten ging es nicht nur um Statusfragen, sondern auch um die Besoldung der Professoren, welche an Universitäten als Räte III. Klasse, an den Technischen, Tierärztlichen, Landwirtschaftlichen Hochschulen und Bergakademien aber nur als Räte IV. Klasse besoldet wurden.

Die Bergakademie Freiberg erreichte dieses Ziel 1899, ebenso die sächsische Forstakademie Tharandt. Die Tierärztliche Hochschule Hannover erhielt 1910 das Promotionsrecht, aber erst 1912 eine Rektoratsverfassung, wobei der Oberpräsident der preußischen Provinz Hannover als Kurator fungierte.

An der Bergakademie Clausthal zielten die Bestrebungen der Mehrzahl der Professoren auf die Einführung des Wahlrektorates und die Gewährung des Rechtes der Promotion zum Doktor-Ingenieur hin. Aus dem Jahre 1909, als sich mit der Pensionierung des Akademiedirektors Köhler eine gute Gelegenheit zum Übergang vom Direktorat zum Rektorat bot, ist uns eine Sammlung handschriftlicher Stellungnahmen (1) überliefert, die der Physiker Gerland und der Chemiker Biltz im Auftrage des ausscheidenden Direktors der Bergakademie Clausthal, Köhler, bei den Professoren und studentischen Korporationen erbeten hatten. Gefragt

worden war nach den Ursachen des starken Rückgangs der Studentenzahlen an der Bergakademie seit dem Jahre 1900. Die von Gerland vorgenommene Auswertung der Antwortbriefe ist in dem handschriftlichen Entwurf seines Berichtes enthalten, wobei unter Nennung der Einsender (Professoren und Korporationen) mehrfach die Nichtgewährung der Rektoratsverfassung, das Fehlen des Promotionsrechtes und die starke verwaltungsrechtliche Eingengung der Bergakademie durch den Berghauptmann als Kurator der Hochschule neben vielen anderen Gründen für die nachlassende Attraktivität der Bergakademie Clausthal hervorgehoben werden. Professor Bergeat beklagte, daß das Oberbergamt sogar versucht habe, in die Disziplinargewalt der Professoren einzugreifen (1). Professor Hoffmann und das Corps Montania wiesen darauf hin, daß wegen der ungünstigen Verhältnisse junge Dozenten die Akademie nur als Sprungbrett benutzen, um weiterzukommen (1). Tatsächlich blieben die Professoren für Mathematik, Dr. Meyer (1888–1879), Dr. Sommerfeld, späterer Nobelpreisträger für Physik (1897–1900), Dr. Horn (1900–1907), Dr. Rothe (1908–1913), Dr. Mohrmann (1913–1917) und Dr. von Sanden (1918–1922) jeweils nur wenige Jahre an der Bergakademie. Auch die renommierten Chemiker Küster und Biltz sowie die hervorragenden Mineralogen Klockmann und Bergeat folgten Rufen an andere Hochschulen. Von Bergeat ist eine acht Seiten lange handschriftliche Kritik an den Clausthaler Zuständen vom 31. Januar 1909 (1) erhalten, in der insbesondere das Fehlen des Wahlrektorates, die schwache Persönlichkeit des Akademiedirektors Köhler und seine Abhängigkeit vom Oberbergamt beklagt werden. Nach Meinung Bergeats resultierte aus dieser Abhängigkeit eine überhebliche Exklusivität der Clausthaler Bergbeamtenschaft gegenüber den Professoren und Studenten der Bergakademie. Er schrieb: *Solange Kastengeist etc. bestehen, wird das in Clausthal nicht besser werden. Es ist aber ganz klar, daß das kühle Verhalten, um nicht geradezu zu sagen die Ablehnung der Bergbeamtenschaft gegenüber den Bergstudenten in so manchen Dingen 1) ein richtiges bergmännisch-akademisches Treiben in Clausthal nicht aufkommen läßt und 2) in der Studentenschaft fortgesetzt um so mehr Mißstimmung erregt, je mehr sie das Recht in sich fühlt, sich nach ihrer Vorbildung mit den Bergbeamten vergleichen zu dürfen* (1).

Analoge Klagen finden sich auch in den Briefen der Professoren Dr. Biltz und Dr. Rothe sowie in Stellungnahmen von Korporationen, die Streitigkeiten mit den Referendaren des Oberbergamtes und deren Hochmut bitter beklagten.

Professor Dr. rer. nat. Georg Müller, Institut für Mineralogie und Mineralische Rohstoffe der TU Clausthal.

Die Veröffentlichung gliedert sich in drei große Abschnitte, von denen die ersten beiden in diesem Heft abgedruckt sind. Der dritte Teil erscheint im Heft 71 des Mitteilungsblattes der TU Clausthal.

Das Quellenverzeichnis in diesem Heft (S. 26) bezieht sich auf alle drei Teile.

Dem Präsidenten des Oberbergamtes Clausthal-Zellerfeld, Herrn Dipl.-Ing. G. Fürer, dankt der Verfasser für die kritische Durchsicht aller drei Teile des Manuskripts und für sachdienliche Anregungen zur Ergänzung einzelner Absätze sowie für die Möglichkeit, eine diesbezügliche Akte des Oberbergamtes einsehen zu dürfen.

In einem Bericht vom 7. Juni 1910 führte Akademiedirektor Fischer den Rückgang der Studentenzahlen an der Bergakademie Clausthal auch auf die nachteiligen Presseberichte über die Gerichtsverfahren zurück, welche vor der Strafkammer wegen schwerer Duelle zwischen jungen Bergbeamten und Studenten geführt worden waren (19).

Als im Jahre 1907 die preußische Regierung die Eingliederung der Bergakademie Berlin in die dortige aufblühende Technische Hochschule zu Charlottenburg ernstlich erwog, fragte der zuständige Minister für Handel und Gewerbe am 15. Dezember 1907 in einem vertraulichen Erlaß (I. 10933) bei der Bergakademie an, wie man die mögliche Eingliederung der Bergakademie Clausthal in die Technische Hochschule zu Hannover beurteile (1). Eine Stellungnahme des Direktors der Akademie findet sich in den Akten nicht, wohl aber ist die Ablehnung dieses Gedankens, niedergelegt in einem langen Schriftsatz des Oberbergamtes Clausthal, erhalten geblieben, dessen zusammengefaßte Beurteilung wie folgt lautete:

Es bleibt nun noch die Frage zu erörtern, ob die selbständig bleibenden Bergakademien beim Ressort der Bergverwaltung verbleiben müssen, oder ob sie unbeschadet ihrer Erfolge dem Kultusminister unterstellt werden können.

Durch den innigen Zusammenhang der Aufsichtsbehörden mit den Männern der Praxis im Staats- und Privatdienst hat sich in Preußen ein Zustand herausgebildet, daß fast überall die Behörde als Freund und als Berater der Industrie angesehen wird, ein Zustand, wie es auf keinem anderen gewerblichen Gebiete wieder in gleichem Maße angetroffen wird.

Soll dieser Zusammenhang, den wir für sehr nützlich und erforderlich halten, nicht gelöst werden, ist es durchaus notwendig, daß die Behörde einen bestimmenden Einfluß auf den Bildungsgang der jungen Bergleute hat und ein solcher ist praktisch und durchführbar, wenn die Oberleitung in einer Hand, in der des Handelsministers liegt. Mit der Abgabe der Bergakademien an das Kultusministerium hört diese Einwirkung auf und dies würde der erste Schritt zur gänzlichen Auflösung der Bergakademien sein.

Die Professoren der hiesigen Akademie werden vermutlich die Unterstellung unter das Kultusministerium wünschen, das geschieht u. E. aber aus persönlichem Grunde. Sie erwarten von der Unterstellung unter den gleichen Minister, dem auch die Universitäten und technischen Hochschulen unterstehen, die Erfüllung alter Wünsche, die sie seit Jahren hegen und die in dem Rufe nach der Rektoratsverfassung ihren Ausdruck fanden.

Wenn wir zum Schluß alles das, was wir im Vorstehenden haben ausdrücken wollen, kurz zusammenfassen, so gipfelt es in dem Satze:

Nur das Verbleiben der Bergakademien als selbständige Anstalten, und zwar unter ihrem jetzigen Minister, gibt die sichere Gewähr, daß sie ihre segensreiche Wirksamkeit auch förderhin ungehindert entfalten können, und daß in Preußen eine ausreichende Gelegenheit zur Ausbildung von höheren Bergbeamten für den Staats- und Privatdienst vorhanden ist.

Clausthal, den 22. Januar 1908.

Königliches Oberbergamt.

gez. Krümmer, Sympher, Pöppinghaus, Fischer, Ehring.

Das bedeutete jedoch den Erhalt der bestehenden Machtverhältnisse, denn die Bergschule und spätere Bergakademie war stets eine Filiale des Clausthaler Bergamts und späteren Oberbergamts gewesen. Ein entscheidender Schritt gelang den Bergräten wenige Monate später, als die bereits vollzogene Trennung der Bergakademie von der Berg- und Hüttenschule eine neue Satzung für die Bergakademie Clausthal erforderlich machte. Die alte Satzung vom 12. Dezember 1873 hatte dem Berghauptmann als Leiter des „Schulkuratoriums“ nahezu alle Rechte in lebenswichtigen Fragen der Vereinigten Bergakademie und Bergschule übertragen.

Am 2. Dezember 1907 hatte der Akademiedirektor (G.-Nr. 1539) die Vorschläge für die Satzung, die seitens der Hochschule vorgebracht wurden, in fünf Exemplaren beim Berghauptmann einge-

reicht (1). Er war überrascht, als er am 17. April 1908 eine bereits vom Minister genehmigte Satzung mit Ausführungsbestimmungen erhielt (1), die ihn zu folgender Stellungnahme (22. April 1908) an den Minister veranlaßte:

In den Satzungen ist angesprochen, daß die Clausthaler Bergakademie eine Hochschule und direkt dem Minister für Handel und Gewerbe unterstellt ist, die Ausführungsbestimmungen zu § 5 lassen aber den Kurator so sehr in den Vordergrund treten, und geben ihm so weitgehende Befugnisse, daß die Bergakademie in sehr schwierigen Fragen der Selbstverwaltung tatsächlich nicht dem Minister direkt unterstellt ist.

Köhler bestand darauf, daß seine Beschwerde an den Minister weitergeleitet würde, worauf der Berghauptmann am darauffolgenden Tage eine Besprechung anberaumte (2). Hier erfuhr Köhler vom Geheimen Bergrat Althans, daß die Satzung nebst Ausführungsbestimmungen bereits im Staatsanzeiger publiziert seien und mit einer Revision nicht mehr zu rechnen sei. Das Zusammenspiel zwischen dem Berghauptmann Krümmer und den zuständigen Ministerialbeamten hatte zur Ausmanövrierung Köhlers geführt. Köhler erhielt am 2. Mai 1908 den Bescheid, daß nun die Satzungen schon im Reichsanzeiger publiziert seien und nicht mehr revidiert werden könnten. Auf seine weitere Intervention vom 12. Mai 1908 erhielt er eine Ablehnung, die jetzt von Minister Dellbrück persönlich unterschrieben war (1). Der Kurator behielt alle Personalentscheidungen, einschließlich der Berufungen von Professoren, in seiner Hand. Das Oberbergamt verwaltete den Etat der Bergakademie. Die vom Berghauptmann vorgeschlagenen Akademiedirektoren waren abhängig und schwach. Das beklagten Bergeat (1) 1909 in bezug auf Köhler und Osann 1917, als er auf Köhlers Nachfolger Fischer zu sprechen kam (2).

Am 28. Juni 1909 richteten 53 Studierende ein Gesuch an das „Professorenkollegium der Königlichen Bergakademie Clausthal“, das Wahlrecht beim Minister für Handel und Gewerbe zu beantragen, um dem Ansehen der Hochschule im Verhältnis zu ähnlichen Hochschulen, insbesondere im Vergleich mit der Bergakademie Freiberg aufzuhelfen.

Nach kontroversen Diskussionen im Professorenkollegium in zwei Sitzungen am 21. und 23. Juli 1909, in denen Professor Osann eine kompromißlose Haltung gegen das Gesuch der Studenten einnahm, schrieb Akademiedirektor Köhler an den Minister, durchlaufend beim Kurator, folgenden Brief:

Ew. Excellenz beehre ich mich im Namen des Professoren-Kollegiums – mit Ausnahme eines Mitgliedes – das beiliegende, die Stimmung der hiesigen Studierenden ausdrückende Gesuch zu überreichen.

Die in dem Gesuche enthaltene Schilderung der Sachlage muß im wesentlichen als zutreffend anerkannt werden, wie es auch schon in der Eingabe der Studierenden vom 9. Februar 1906 und in dem Begleitbericht vom 12. Februar 1906 – No 167 – geschehen ist. Es erscheint auch nicht zweifelhaft, daß man in dem Fehlen des Wahlrechts eine der Hemmungen in der gedeihlichen Fortentwicklung der Bergakademie zu erblicken hat (2).

Nachdem die Tierärztliche Hochschule zu Hannover im Jahre 1910 das Promotionsrecht erhalten hatte und ihr die Rektoratsverfassung zugesagt wurde (eingeführt 1912), richtete der Direktor der Bergakademie, Geh. Bergrat Julius Fischer, am 30. Juni 1911 über das Oberbergamt ein Gesuch an den Minister für Handel und Gewerbe (1). Darin wird einleitend darauf hingewiesen, daß Clausthal mit der Eingliederung der Berliner Bergakademie in die Technische Hochschule Charlottenburg die einzige verbleibende Bergakademie Preußens sein werde. Desweiteren suchte Fischer einen vorsichtigen Mittelweg, um die drückendsten Bestimmungen der Satzungen der Bergakademie vom 8. April 1909 zu beseitigen, ohne sogleich den härtesten Widerstand des Oberbergamts hervorzurufen. Er lehnte das von den Professoren und Studenten geforderte Wahlrecht ab, äußerte jedoch die Meinung, daß man dem Kollegium der Bergakademie Beschlußrechte einräumen sollte, wobei der *Leiter der Anstalt unter allen Umständen für die ordnungsgemäße Verwaltung der Geldmittel und für die Innehaltung des Etats verantwortlich ist.*

Fischer schlug folgende Satzungsänderung vor: *Der Leiter der Bergakademie wird vom Könige auf Lebenszeit ernannt, er erhält den Rang der Räte III. Klasse und die Amtsbezeichnung „Rektor“. Das Kollegium der ordentlichen Professoren und Dozenten im Hauptamte erhält die Amtsbezeichnung „Senat“.*

Diese Lösung hätte dem Rektor der Bergakademie im Laufe der Zeit sicherlich ein stärkeres Eigengewicht gegenüber dem Kurator gegeben.

Eine Angleichung der Besoldung der Professoren an die der Professoren an Universitäten und Technischen Hochschulen wurde nicht vorgeschlagen, so daß die Reform kostenneutral gewesen wäre. Wohl aber sollte das Kollegium der Bergakademie eine größere Autonomie erhalten. Ferner sollte der Berghauptmann in seiner Funktion als Kurator der Bergakademie bei seiner Abwesenheit den Leiter der Bergakademie als Vertreter haben und nicht mehr den nächst leitenden Beamten des Oberbergamts.

Der Bergakademie sollte das Recht erteilt werden, Berufungsvorschläge für etatsmäßige Professuren und Dozenturen dem Minister selbst vorlegen zu dürfen. Sie wollte Berichte und Anweisungen in Berechtigungsangelegenheiten selbst vollziehen, Ernennungen von mittleren und unteren Beamten selbst vornehmen dürfen. Ferner erbat sie die Befugnis des Kurators aufzuheben, an den Sitzungen des Kollegiums und am Unterricht teilnehmen zu dürfen.

Außerdem sollte die Satzung der Bergakademie bei der Aufzählung der Zwecke um *die einschlägigen Wissenschaften und Künste zu pflegen und die Ausführung wissenschaftlicher Arbeiten* ergänzt werden. Die geltende Satzung hob nur auf die Ausbildung ab. Sodann folgte die Forderung nach dem Recht der Graduierung (Dipl.-Ing.) und dem der Promotion (Dr.-Ing.).

Zu den Berechtigungsangelegenheiten gehörten auch Ausbildungsvorschriften für den höheren Staatsdienst in der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung. Nach der Vorschrift vom 18. September 1897 wurde der Besuch von preußischen Bergakademien auf die dreijährige Regelstudienzeit nur mit zwei Jahren angerechnet. Zwei Semester mußten an einer Universität studiert werden. Hier forderte die Bergakademie den Fortfall dieser einschränkenden Regelung und die Anerkennung der gesamten an der Bergakademie verbrachten Studienzeit.

Tatsächlich hatten die Vorstellungen Fischers im Ministerium einigen Erfolg, die in ministeriell erlassenen Ausführungsbestimmungen zu den Satzungen der Bergakademie am 22. Oktober 1913 publiziert wurden (1). In den entscheidenden Fragen der Autonomie der Bergakademie wurde jedoch kein Durchbruch erzielt.

Hatte sich 1909 der Geheime Bergrat Professor Dr. Osann bei den Bemühungen der Professoren und Studenten um die Einführung der Wahlrektorsverfassung entschieden gegen diese Bestrebungen gestellt, so richtete er am 3. November 1916, nach dem plötzlichen Tode des Akademiedirektors Fischer (30. Oktober 1916), ein Schreiben an die Professoren, in welchem er als stellvertretender Akademiedirektor *um möglichst umgehende Meinungsäußerung bat*, in dem er seine Absicht mitteilte, *Schritte zu unternehmen, damit das Direktorat in ein Rektorat umgewandelt wird, falls im Kollegium Zustimmung besteht* (2). Die Antworten waren sämtlich positiv, verzögerten sich aber teilweise, da die Professoren Biltz, Hoffmann, Süchting und Valentiner im Felde standen.

Am 21. November 1916 richtete Osann ein Gesuch an den Kurator Berghauptmann Steinbrinck, in welchem er um Aufschub bei der Wiederbesetzung der Stelle des Akademiedirektors bat (2). Er führte in seinem Schreiben aus, daß eine solche Entscheidung die Einführung der Rektorsverfassung auf möglicherweise zwanzig Jahre ausschließen könnte, das Professorenkollegium sich aber einstimmig für die Einführung einer solchen ausgesprochen habe.

Da der jeweilige Akademiedirektor eine der beiden Bergbauprofessuren innehatte, führte Osann in seinem Schriftsatz ziemlich pietätlos über den soeben verstorbenen Direktor Fischer aus, daß

er zwar die Verwaltungsgeschäfte geführt habe, jedoch *niemals in seiner Vorlesungstätigkeit recht heimisch geworden ist*. Er wies darauf hin, daß angesichts des kleinen Lehrkörpers beide Bergbauprofessuren voll genutzt werden müßten, um mit anderen Hochschulen konkurrieren zu können. Er schrieb weiter: *Gerade der Umstand, daß es schwer ist, einen geeigneten Akademiedirektor und Professor für Bergbaukunde in einer Person zu finden, führt auch dazu, das Rektorat in Erwägung zu ziehen*.

Ferner wies Osann darauf hin, daß die Mittelbewirtschaftung ohnehin weiterhin über die Oberbergamtskasse erfolgen würde und die Disziplinargewalt beim Kurator verbliebe.

Eine ausführliche Denkschrift mit der Bitte um die Einführung der Rektorsverfassung schickte Osann am 23. Januar 1917 an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe (2).

Nach Rückfrage des Ministeriums beim Kurator und Bericht durch das Oberbergamt Clausthal erging am 27. August 1918 folgender Erlaß des Ministers für Handel und Gewerbe an den Berghauptmann in Clausthal (2):

Unter den vorgetragenen Umständen will ich dem Antrage auf Einführung der Rektorsverfassung bei der dortigen Königlichen Bergakademie grundsätzlich zustimmen. Euer Hochwohlgeboren ersuche ich demgemäß um Vorschläge wegen der an den Satzungen der Bergakademie und an deren Haushaltsplan vorzunehmenden Änderungen.

Am 30. August 1918 erhielt Osann eine Abschrift des Erlasses mit dem Ersuchen, Änderungsvorschläge baldigst einzureichen.

Drei Probleme standen bezüglich der Ausführung des ministeriellen Erlasses im Vordergrund:

1. Die Ausarbeitung der Satzung in Anlehnung an die geltenden Satzungen preußischer Technischer Hochschulen unter Berücksichtigung der speziellen Clausthaler Verhältnisse. In Bezug auf letztere interessierte besonders die Rechtsstellung von Kuratoren an anderen Hochschulen.
2. Es erschien besonders dringlich, die Planstelle eines Verwaltungsbeamten zu schaffen, der dem Rektor zuarbeitete.

Osann erbat die Satzungen der Tierärztlichen Hochschule Hannover und der Technischen Hochschulen Aachen, Breslau, Danzig, Charlottenburg sowie Hannover und erkundigte sich nach der Rangstufe der dortigen Rektoren und ihrer Dienstzulagen.

Auseinandersetzungen bei der Erarbeitung der Satzung

Bezugnehmend auf den Erlaß vom 27. August 1918 schickte der stellvertretende Akademiedirektor Geh. Bergrat Professor Dr. Osann am 10. Oktober 1918 den Bericht No 468 vom 8. Oktober 1918 an den Minister für Handel und Gewerbe (2), der den Entwurf einer Satzung mit Rektorsverfassung enthielt. Dieser im handschriftlichen Entwurf Osanns erhaltene Bericht lehnt sich weitgehend an die Satzungen der Bergakademie vom 6. April 1908 an, so daß Osann ein gedrucktes Exemplar dieser Satzungen mit handschriftlichen Einbesserungen und einem neu formulierten Paragraphen zur „Wahl und Amtszeit des Rektors“ einreichen konnte. Gleiches gilt für die Ausführungsbestimmungen zu den Satzungen am 22. Oktober 1913, die ebenfalls kaum verändert wurden.

Angesichts der umfangreichen Erkundigungen, die Osann zur autonomen Stellung anderer Hochschulen in den vorangegangenen Monaten eingezogen hatte, verblüfft dieser Satzungsentwurf und erscheint unverständlich. Doch aus dem Einverständnis Osanns mit dem Kurator, das am Ende des Jahres zu Tage trat, läßt sich vermuten, daß das Oberbergamt seine Position gegen die Autonomiebestrebungen der Bergakademie für diesen Zeitpunkt wieder einmal durchgesetzt hatte. Dieser „Entwurf“ Osanns fiel weit hinter die Bestrebungen zurück, die Akademiedirektor Fischer 1911 in seinem Gesuch an den Minister für Handel und Gewerbe formuliert hatte (1). Die völlige Abhängigkeit der Bergakademie vom Berghauptmann als Kurator wurde nicht angetastet. Der Rektor sollte wie bisher der Akademiedirektor die vollständigen Weisungsbefugnisse gegenüber den Professoren behalten. Er sollte auf zwei Jahre Amtsdauer mit der Möglichkeit ein-

maliger anschließender Wiederwahl von den ordentlichen Professoren gewählt werden. Berghauptmann Steinbrinck schrieb am 14. Oktober 1918 zum Bericht Osanns (J. Nr. 468 vom 8. Oktober 1918) einen Randbericht an den Minister, dessen einleitender Satz bereits die folgenden Ausführungen des Berghauptmanns kennzeichnet: *Auch ich halte es für empfehlenswert, an dem bisherigen Zustand jedenfalls nicht mehr zu ändern, als durch die Einführung der Rektoratsverfassung unbedingt geboten ist, und dies um so mehr, als die bisherige Satzung sich durchaus bewährt hat.* Die Realisierung der Pläne Osanns hätten der Bergakademie eine Aufwertung gebracht, ohne den bestimmenden Einfluß des Berghauptmanns zu mindern (19).

Osanns Vorgehen wurde durch den Umstand begünstigt, daß sämtliche Professoren mit Ausnahme des Mineralogen Bruhns Kriegsdienst leisteten und zumeist als Offiziere an der Front standen. Die beiden Bergbauprofessuren waren vakant. Professor Jüngst war gefallen und Professor Fischer verstorben. In bezug auf die Verhandlungen zur Einführung der Rektoratsverfassung schrieb Geheimrat Bornhardt am 22. November 1918 aus Berlin an Berghauptmann Steinbrinck, daß nach Verhandlungen mit dem Finanzministerium die Jahreszulage des zukünftigen Rektors auf 1500 Mark festgesetzt wird. Dieses Thema hatte in Osanns Briefwechsel mit anderen Hochschulen breiten Raum eingenommen, und schließlich war er in seinem Entwurf vom 8. Oktober 1918 von 2400 Mark ausgegangen. Auf Osanns Satzungsentwurf eingehend, schrieb Bornhardt ferner, daß *die Ausdehnung der Selbstverwaltung nur dem Zuge der Zeit entspricht.* Schließlich war der Ausbruch der Novemberrevolution erst zwei Wochen alt. Dann stellte Bornhardt die ahnungsvolle Frage: *Wird der Lehrkörper nach wie vor damit einverstanden sein, daß er nur beratende, nicht beschließende Mitwirkung haben soll?* (2). Der Kurator ließ eine Abschrift des Briefes anfertigen (2), und noch am Tage des Eingangs dieser Abschrift in der Bergakademie (26. November 1918) reagierte Osann mit einem Rundschreiben (No 548) an die Professoren, die inzwischen aufgrund des Waffenstillstandes von den Fronten nach Clausthal zurückgekehrt waren.

Eingangs des Schreibens zitierte Osann aus Bornhardts Brief, daß *der Minister der Einführung des Rektorats wohlwollend gegenübersteht. Eine formelle Schwierigkeit wird nach Meinung des Geheimen Rats Bornhardt auch kein Hindernis für die baldige Einführung bilden.* Zu der oben zitierten Frage nach der Mitbestimmung des Professorenkollegiums findet sich jedoch kein Wort in Osanns Rundschreiben. Vielmehr enthält es eine umfassende Rechtfertigung seiner eigenen Positionen zu den Fragen der Teilung der Macht zwischen dem Kurator und dem Rektor. Hiergegen nahm der Chemiker Biltz in unmißverständlicher Weise Stellung (5. Dezember 1918) (2): *Gegen die Behandlung der Verfassungsfrage, wie sie nach dem hier vorliegenden Berichte des stellvertretenden Direktors der Bergakademie stattgefunden hat, erhebe ich Einspruch. Der Form nach deswegen, weil der Bericht an den Minister, ohne daß die Kollegen sich haben äußern können, lediglich nach Rücksprache mit Herrn Bruhns – und dieser war, wie er sagte, sachlich durchaus anderer Meinung als der Berichterstatter – von dem stellvertretenden Direktor verfaßt ist; der Minister hat also ein völlig einseitiges Bild erhalten.* Es folgen dann sachliche Argumente gegen die Ansichten Osanns und die Forderung, eine Kommission zur Behandlung der Verfassungsfrage einzusetzen. Biltz Kritik endete mit dem Vorwurf, daß in Osanns Entwurf das schöne Wort *Rektor* einer *gänzlich artfremden Sache aufgepfropft* wird. Der letzte bemerkenswerte Satz lautet in Erinnerung an die früheren Positionen der Studentenschaft: *Die Studenten wollten nicht einen Rektor, sondern eine Rektoratsverfassung.*

Unter diese Stellungnahme schrieb der Geologe Bode (13. Dezember 1918): *Diesen Ausführungen des Herrn Kollegen Biltz kann ich mich Punkt für Punkt anschließen.* Am 12. Dezember hatten bereits die Professoren Biltz, Hoffmann und Valentiner schriftlich eine Sitzung des Kollegiums der ordentlichen Profes-

soren für den 14. Dezember zur Besprechung der Rektoratsverfassung beim stellvertretenden Direktor beantragt, zu welcher Osann am 13. Dezember einlud. Das Ergebnis dieser Besprechung fand in einem Schreiben (J.-Nr. 603) vom 16. Dezember 1918 an den Minister Ausdruck, in welchem gebeten wird, die eingereichten Entwürfe ruhen zu lassen, da *wahrscheinlich die Mehrzahl (der Professoren) andere Satzungen wünschen.*

Zum Ältesten einer Satzungskommission wurde der Mineraloge Bruhns gewählt, welcher unverzüglich mit den beiden anderen Kommissionsmitgliedern Süchting (Maschinenbau) und Valentiner (Physik) an die Arbeit ging, denn bereits zehn Tage später, am 24. Dezember 1918, gab Bruhns den Satzungsentwurf der Kommission beim stellvertretenden Direktor ab (2). Am 27. Dezember 1918 teilte Osann dem Kommissionsvorsitzenden mit: *Wie bereits mündlich ausgeführt, legt der Herr Berghauptmann Wert darauf, ihn (den Entwurf) vor der Sitzung, an der er teilnehmen will, in Ruhe durchzulesen* (2). Am folgenden Tage legte die Kommission *zwei Exemplare der neuen Satzungen mit erläuternden Begleitschreiben an den Minister* beim stellvertretenden Direktor vor, und die Professoren forderten unter Bezugnahme auf die geltende Satzung von 1908 eine Sitzung zur Beratung des Entwurfs für den 4. oder 11. Januar 1919. Eine Sitzung vor dem 1. Januar 1919 hatte Osann abgelehnt (2). Der Antrag trägt die Unterschriften von Biltz, Bode, Bruhns, Hoffmann, Valentiner und den Vermerk: *Süchting ist zur Zeit verreist.*

Osann teilte den Sachverhalt dem Kurator Steinbrinck mit. In Bezug auf die abgelehnte Bitte von Bruhns, am Sonnabend, dem 28. Dezember 1918, eine Sitzung anzuberaumen, schrieb Osann: *Ich habe dies aus mehrfachen Gründen, darunter auch die Rücksicht auf den kürzlich geäußerten Wunsch Euer Hochwohlgebornen, Zeit zur Information zu haben, abgelehnt und bitte mich in der Auffassung, daß die Sache nicht drängt und ruhig überlegt sein will und auch den abwesenden Kollegen Zeit zum Einblick gegeben werden muß, zu unterstützen.*

Die beantragte Sitzung fand am 11. Januar 1919 in Gegenwart des Kurators statt und erbrachte die einstimmige Annahme der Kommissionsentwürfe zur Satzung und des erläuternden Begleitschreibens an den Minister bei Stimmenthaltung Osanns (2).

Am 14. Januar 1919 schrieb Osann einen Bericht an den Minister (J.-Nr. 63) und schickte ihn über den Kurator mit den anliegenden Vorlagen zur Satzung nach Berlin (abgegangen am 22. Januar 1919) (2). Die Akte enthält noch den handschriftlichen Entwurf Osanns, der seine Enttäuschung, aber auch seine Resignation angesichts der Entwicklung in der Verfassungsfrage erkennen läßt. Lange Passagen zur Verteidigung seines eigenen Satzungsmodells hat er im Entwurf wieder gestrichen. Einen Hinweis glaubte er aber doch geben zu müssen, nämlich daß die Satzungen der Tierärztlichen Hochschule Hannover und die Bergakademie Freiberg *dem Rektor eine größere Vollmacht zuerkannt haben.* Freilich waren diese Satzungen auch noch unter monarchischer Regierung verfaßt worden.

Bereits zwei Monate später im März 1919 ging ein Schreiben der TH Hannover ein, das einen Entwurf zu einer Rahmenverfassung für alle deutschen Hochschulen betraf. Die durch die Revolution ausgelöste Demokratisierung öffentlicher Institutionen suchte Eingang in die Hochschulen zu finden.

Besonderheiten der ersten Clausthaler Wahlrektoratsverfassung

Die Satzung, mit welcher die Rektoratsverfassung an der Bergakademie Clausthal eingeführt wurde, ist *auf Grund der Ermächtigung des Preußischen Staatsministeriums vom 10. Mai 1919* durch den Preußischen Minister für Handel und Gewerbe, Fischbeck, am 14. Mai 1919 zusammen mit einigen Ausführungsbestimmungen unterschrieben und sofort in Kraft gesetzt worden (3). Der gleichzeitige Erlaß (J.-Nr. I 5302) führt aus: *Dem Antrage des Verbandes der Studierenden, die Bezeichnung „Bergakademie“ in „Technische Hochschule für Bergbau und Hüttenwesen“ umzuändern, konnte außer aus allgemeinen Gründen schon deshalb*

nicht stattgegeben werden, weil das Wort „technische“ in Verbindung mit „Hochschule für Bergbau und Hüttenwesen“ überflüssig ist und hätte gestrichen werden müssen, das Professoren-Kollegium für den Fall der Streichung aber um Beibehaltung der Bezeichnung „Bergakademie“ gebeten hat.

Der Begriff „Technische Hochschule“ war auch im ersten Satz des Paragraphen 1 des Satzungsentwurfs der Bruhns-Kommission enthalten (2). In der vom Minister genehmigten Fassung fehlt das Adjektiv „technische“. Es sollte noch fast ein halbes Jahrhundert vergehen, bis mit dem Ausbau der Bergakademie Clausthal Mitte der sechziger Jahre die Bezeichnung „Technische Hochschule“ realisiert wurde (9).

Der Erlass geht auch auf die in dem erläuternden Begleitschreiben (14. Januar 1919) der Satzungskommission angeschnittene Frage des alleinigen Promotionsrechtes für die Bergakademie Clausthal ein, welche bisher nur die Promotion in Gemeinschaft mit der Technischen Hochschule Charlottenburg vornehmen durfte. Der Minister behielt sich vor, auf die Frage später zurückzukommen. Sie wurde im folgenden Jahre zugunsten der Bergakademie gelöst, die ab Herbst 1920 ein eigenes Promotionsrecht erhielt (Bericht des Rektors Bruhns vom 7. November 1921) (6).

Liest man den von der Bruhns-Kommission erarbeiteten Satzungsentwurf, so stellt man mit Erstaunen fest, daß dieser mit nur sehr wenigen materiellen Änderungen, jedoch im übrigen wörtlich in die genehmigte Satzung übernommen worden ist. Enthielt noch der Paragraph 1 des Entwurfs in Anlehnung an die vorherige Direktorsverfassung bei der Definition des Zwecks der Hochschule die *wissenschaftliche Ausbildung für den höheren Staatsdienst in der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung nach Maßgabe der hier erlassenen besonderen Vorschriften*, so heißt es im ministeriell genehmigten Text: *Sie hat den Zweck, die wissenschaftliche Ausbildung für den höheren technischen Beruf im Berg-, Hütten- und Salinenwesen und für den Markscheiderberuf zu gewähren*. Diese Textänderung war nur konsequent, da die Bergakademie bereits seit mehr als einem halben Jahrhundert viel mehr Ingenieure für die Montanindustrien in aller Welt als Nachwuchs für die preußische Bergverwaltung ausgebildet hatte. Gemäß Paragraph 5 der Satzung blieb der jeweilige Berghauptmann in Clausthal Kurator der Bergakademie (3). Allerdings waren nur noch die Berichte in Rechts- und Disziplinarangelegenheiten vom Rektor über den Kurator an den Minister zu schicken. In akademischen Angelegenheiten, insbesondere bei Berufungen verkehrte der Rektor auf dem direkten Wege mit dem Minister. Gleiches galt von nun ab für den Haushalt, doch war der Kurator verpflichtet, die Jahresrechnung der Bergakademiekasse abzunehmen.

Ferner spielte der Kurator noch bei der Genehmigung eines längeren Urlaubs für den Rektor eine Rolle. Ferner wurde mit den Ausführungsbestimmungen eine alte Statusfrage zugunsten der Bergakademie geregelt. Bei Abwesenheit des Kurators war von nun ab nicht mehr der Vertreter des Berghauptmanns im Oberbergamt zugleich Vertreter des Kurators, sondern der Rektor vertrat jetzt den Kurator. Nach innen hatte der Rektor laut Satzung die gleichen Rechte und Pflichten wie heute auch, doch waren die Professoren, die mit ihrem Satzungsentwurf eine weitgehende Kontrolle des Rektors bezweckt und durchgesetzt hatten, in einem Punkte gescheitert. Im Paragraph 22 des Entwurfs (2), der die Rechte der Institutsvorsteher bei der Besetzung von Planstellen (Assistenten, Unterbeamte, Lohnbedienstete) und bei der Nutzung von Institutsräumen regelt, hieß es: *Die ordentlichen Professoren bestimmen innerhalb des Haushaltsplans über die Verwendung der ihnen bewilligten Fonds*. Diese Passage fehlt in der genehmigten Satzung. Demgemäß wurde auch die von den Professoren geforderte Untergliederung des Haushaltskapitels der Bergakademie nicht vorgenommen.

Andererseits war der Rektor (Paragraph 10 der Satzung) an die Beschlüsse des Professorenkollegiums, das aus den ordentlichen Professoren bestand, gebunden, wenn es um Berufs- und Habilitationsfragen, um allgemeine Lehr- und Prüfungsfragen

oder Studien- und Lehrpläne, die Aufstellung des Haushaltsplans, Verteilung der Lehrmittel, der Hörsäle und um Entscheidungen über Gebührenerlässe ging.

Das Professorenkollegium ersetzte an dieser kleinen Hochschule den Senat und die Fakultät, die erst in den dreißiger Jahren eingeführt wurden.

Die Satzung von 1919 beinhaltete einige Mitbestimmungsrechte für die Dozenten in Institutsangelegenheiten und Anhörungsrechte für die Studentenvertreter in Fragen der Organisation der Lehre und des Studiums (3).

Für die Wahl und Amtszeit des Rektors (Paragraph 8) bestimmte die Satzung (3), daß der Rektor *aus der Zahl der ordentlichen Professoren von diesen unter Vorbehalt der Bestätigung des Ministers gewählt wird*. Bei zweimaliger Verweigerung der Bestätigung konnte der Minister einen der ordentlichen Professoren zum Rektor ernennen. Zur geheimen Wahl mittels Stimmzettel war acht Tage vorher einzuladen. Die Wahl hatte vor dem 15. Juni zum nächstfolgenden 1. Oktober als Beginn der Amtszeit stattzufinden. Der nach zweijähriger Amtszeit ausscheidende Rektor wurde für die nächstfolgende Amtsperiode seines Nachfolgers Prorektor. Ein vorlaufendes Prorektorsjahr des gewählten Rektors, wie es heute satzungsgemäß ist, kannte die erste Rektoratsverfassung nicht.

Mit Schreiben vom 19. Mai 1919 machte der Kurator darauf aufmerksam, daß die bisherige Satzung seit dem 14. Mai 1919 bereits außer Kraft gesetzt und die neue Satzung in Kraft getreten sei. Er forderte zur unverzüglichen Wahl des Rektors bis Ende des Monats auf (3).

Zusammenfassende Würdigung

In der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts dienten die beiden Klassen der Clausthaler Bergschule überwiegend der theoretischen Ausbildung des Nachwuchses von Unteroffizianten und Offizianten für die Berg- und Hüttenwerke des Harzes. Die Lehrer der Bergschule waren hauptamtlich Bedienstete des Bergamtes Clausthal und der Clausthaler Hütte. Genau betrachtet war die Bergschule eine Ausbildungssektion des Bergamtes Clausthal.

Die Situation änderte sich entscheidend, seit in den fünfziger Jahren die 1. Klasse durch Anhebung der Zulassungsanforderungen und die Einführung eines vierjährigen Studienplans äquivalenzfähig gemacht wurde, so daß durch Staatsverträge mit den wichtigsten deutschen Bergbaustaaten, vor allem mit Preußen, Sachsen und Bayern, die Studien in Clausthal denen an den anderen Bergakademien und an den Polytechnika gleichgesetzt wurden. Um 1860 war der Anteil der Bergschüler, die aus dem Harze stammten, auf weniger als 20% zurückgegangen und fiel bis zu den siebziger Jahren auf 13% ab (21).

Die Bergakademie war nun nicht mehr primär die Ausbildungsstätte für die Berg- und Hüttenwerke des Harzes, und auch der Anteil der Absolventen, die eine Karriere in der Bergverwaltung anstrebten, ging stark zurück. Um 1870 betrug der Anteil der reichsdeutschen Studenten nur noch 50,8%. Zwei Drittel der ausländischen Studenten kamen aus überseeischen Ländern, vor allem aus Nordamerika (21).

Autonomiebestrebungen der Bergakademie Clausthal stellten sich verstärkt um die Jahrhundertwende ein, als ihr Lehrkörper in zunehmendem Maße durch die Schaffung ordentlicher Professuren verändert wurde. Mit Ausnahme der Bergbauprofessuren und des Postens des Akademiedirektors, die noch mit höheren Beamten aus dem Oberbergamt Clausthal besetzt wurden, kamen alle anderen neuerrufenen Professoren als Habilitierte von Universitäten, Bergakademien oder den neugeschaffenen Technischen Hochschulen. Professoren und Studenten der Bergakademie Clausthal strebten die Normalverfassung einer wissenschaftlichen Hochschule mit Wahlrektorat, Promotionsrecht und dem Recht der Verleihung des Diplomingenieurs als Studienabschluß an. Das Ringen um das Wahlrektorat währte mehr als ein Jahrzehnt. Selbstverständlich wehrte sich das Oberbergamt beim zuständigen Minister für Handel und Gewerbe gegen den drohenden Ver-

lust von Rechten und Kompetenzen, den die Einführung der Wahlrektorsverfassung nachschieben mußte. Rückblickend kann man es aber nur als richtige Entscheidung ansehen, daß die nach der Demobilisierung der deutschen Armeen im Spätherbst 1918 zurückgekehrten Professoren das Wahlrektorat gegen ihre Vorgesetzten beim Minister durchsetzten, da mit

Hilfe der gewonnenen Autonomie weitreichende Strukturveränderungen möglich wurden, welche in den folgenden Jahrzehnten vom eingegengten Fächerspektrum der Bergakademie zu der natur- und ingenieurwissenschaftlichen Fächervielfalt einer technischen Hochschule führen sollten.

Teil II – Rektorwahlen und Rektoratswechsel von 1919 bis 1933

Die erste Wahl eines Rektors der Bergakademie Clausthal und zusätzlich eines Prorektors erfolgte unter der Leitung des bisherigen stellvertretenden Direktors der Bergakademie am 28. Mai 1919 in einer Sitzung des vollständig versammelten Professoren-Kollegiums, welches infolge der Vakanz beider Bergbau-Lehrstühle neun Mitglieder umfaßte. Nach dem Bericht Osanns an den Minister (J.-Nr. 402 vom 30. Mai 1919) entfielen bei der Wahl des Rektors sieben Stimmen auf Professor Dr. W. Bruhns (3). Von den beiden restlichen Stimmen entfiel je eine auf Biltz und Süchting (19). Zum Prorektor wurde Professor Dr. W. Biltz mit fünf Stimmen gewählt, während auf Osann eine und auf Süchting drei Stimmen entfielen. Das Protokoll wurde von allen Anwesenden unterzeichnet.

Mit Eilerlaß vom 6. Juni 1919 (J.-Nr. I 6106) bestätigte der Minister die Wahlen von Rektor und Prorektor und wies die Bergakademie an, dem Rektor *eine nicht ruhegehaltfähige Dienstzulage von jährlich 1500 Mark in nachzahlbaren Monatsbeträgen* zahlen zu lassen (3).

Bruhns zeigte am 11. Juni 1919 dem Minister an, daß er am selben Tage das Amt des Rektors der Bergakademie zu Clausthal angetreten habe (3).

Am 23. Juni 1919 fand die feierliche Amtseinführung des ersten Rektors der Bergakademie Clausthal statt. Die aus diesem Anlaß vom früheren stellvertretenden Akademiedirektor Osann, vom Kurator Steinbrinck und von Rektor Bruhns gehaltenen Reden sind im Jahr 1925 publiziert worden (6). Sie spiegeln noch einmal die Gegensätze im Vorfeld der Einführung des Wahlrektors wider, wenn auch in verschleierte Manier. Bruhns leitete auf die Lehrsituation an der Bergakademie über und betonte die Notwendigkeit, die Nebenfächer auf ein notwendiges Maß zu beschränken und den Studierenden die Freiheit zu geben, sich in Spezialfächern intensiver ausbilden zu können.

Zum Ende seiner Rede gab er die Themen von drei Preisaufgaben für Studenten und den Abgabetermin der Arbeiten zum 1. September 1920 bekannt. Es handelte sich hierbei um eine eisenhütten-, eine metallhüttenmännische und eine geologische Arbeit, für die jeweils bis zu 300 Mark Preisgeld gegeben werden konnten (6). Da derartige Preisaufgaben erst wieder in den dreißiger Jahren, nach der erneuten Stiftung des hierfür notwendigen Kapitals, erwähnt werden, ist anzunehmen, daß die Inflation Anfang der zwanziger Jahre das vorhandene Kapital vernichtet hat.

Am 8. Juni 1921 berichteten Rektor und Professorenkollegium über den Kurator an den Minister, daß das Professorenkollegium in einer Sitzung am Vortag Professor Dr. S. Valentiner zum Rektor der am 1. Oktober beginnenden neuen Amtsperiode gewählt hatte (3). Leider fehlt eine Abschrift des Sitzungsprotokolls in der Akte. Die Bestätigung der Wahl erfolgte mit Erlaß des Ministers vom 19. Juni 1921 (J.-No. I 7724) (3).

Die feierliche Rektoratsübergabe fand am 7. November 1921 statt, wobei der scheidende Rektor Bruhns in seinem Rechenschaftsbericht hervorhob, daß er in hervorragender Weise mit den Studenten Hand in Hand habe arbeiten können und daß die Satzung der Clausthaler Studentenschaft vom Minister ohne jede Veränderung genehmigt worden sei (6). Bruhns betonte, daß er die Selbständigkeit der Studentenschaft nicht nur anerkannt, sondern nach Möglichkeit zu stärken gesucht habe. Der neue Rektor Valentiner hielt einen noch heute lesenswerten Vortrag zum Thema *Wie stellt sich die Philosophie zum Prinzip der Relativität* (6). Diese erste Feier einer Rektoratsübergabe enthielt be-

reits die noch heute wesentlichen Elemente einer solchen, nämlich den Bericht des scheidenden Rektors und einen allgemein verständlichen Vortrag des neuen Rektors.

Die nächste Rektorwahl erfolgte am 6. Juni 1923, 6 Uhr nachmittags, unter Anwesenheit der Professoren Birckenbach, Bode, Bruhns, Fox, Hoffmann, König, Osann, Schulz, Spackeler, Süchting und Valentiner, letzterer als Vorsitzender. Die geheime Wahl ergab neun Stimmen für Spackeler und jeweils eine Stimme für Birckenbach und Bode (3). Die Bestätigung der Wahl Spackelers erfolgte mit Erlaß des Ministers vom 28. Juni 1923 (J.-No. Ia 1235).

Der Rektoratsbericht Valentiners während der feierlichen Rektoratsübergabe am 7. November 1923 spiegelt die dramatische Entwicklung der Studentenzahlen an der Bergakademie und die damit verbundenen räumlichen und personellen Probleme wider (6). Vor dem Beginn des Ersten Weltkrieges hatte die Zahl der Studierenden bei 190 gelegen. Nach dem Krieg stiegen die Zahlen von 205 im SS 1919, über 416 im SS 1920 auf 497 im SS 1921. Als Valentiner zum WS 1921/22 sein Rektorat antrat, waren schon 693 Studenten immatrikuliert, und als er es zwei Jahre später abgab, waren es 913. Auf Valentiners Drängen beschloß der preussische Landtag ein Bauprogramm für die Bergakademie Clausthal, das bereits das heutige Gebäudeviereck des Hauptgebäudekomplexes zum Ziel hatte sowie die Errichtung eines Chemie- und eines Maschinenbau-Instituts an den Spittelwiesen. Ferner wurden ein Ordinariat für Markscheidewesen, eine planmäßige Dozentur für Volkswirtschaftslehre und Öffentliches Recht sowie mehrere nebenamtliche Dozenturen neu geschaffen.

Vom Vortrag des neuen Rektors Professor Dr.-Ing. G. Spackeler zum Thema *Der Ingenieur im System der Volkswirtschaft* ist nur ein Kurzreferat erhalten (6).

Das Rektorat Spackelers dauerte nur ein Semester. Zu einem Fest in seiner Eigenschaft als Rektor in das Haus des Corps Montania eingeladen, beleidigte Spackeler eine Dame der Clausthaler Gesellschaft, weigerte sich anschließend das Haus zu verlassen oder sich zu entschuldigen (3). Infolgedessen kam es zu einer Auseinandersetzung mit dem Ehemann der beleidigten Dame. Der kleinstädtische Skandal war perfekt.

Am 23. Februar 1924 bat der Kurator Bornhardt Spackeler zu einer Unterredung in das Oberbergamt (3). Vom selben Tage datiert ein ärztliches Zeugnis, das Spackeler hochgradige reizbare Nervenschwäche und völlige Erschöpfung des Nervensystems attestierte. Das Attest bescheinigt die *derzeitige Dienstunfähigkeit* Spackelers und die Notwendigkeit eines *etwa sechsmonatigen Erholungsurlaubs* (3). Mit Schreiben vom 24. Februar 1924 meldete sich Spackeler beim Prorektor Valentiner krank und erbat, die *Zustimmung des Professoren-Kollegiums zur Niederlegung des Amtes als Rektor gemäß § 8, Abs. 3 der Satzung herbeizuführen* (3).

Offenbar wegen des Interesses der Clausthaler Gesellschaft gab Prorektor Valentiner am nächsten Tag eine Notiz an die Öffentlichen Anzeigen, die die Amtsniederlegung Spackelers, sein Gesuch an den Minister um einen Halbjahresurlaub und die vorläufige Amtsübernahme des Prorektors anzeigte. Ein Schreiben gleichen Inhalts schickte Valentiner am 28. Februar an Spackeler (3).

Ein Disziplinarverfahren, welches auf dem Ehrenkodex der versunkenen Gesellschaft der Monarchie fußend, gegen Spackeler angestrengt wurde, schlug der Minister für Handel und Gewerbe

nieder. Spackeler wurde nach schwierigen Verhandlungen, in welche der bekannte Göttinger Historiker Geheimrat Brandt und der Vorsitzende des Verbandes der Deutschen Hochschulen, Professor Dr. Scheel, Kiel, einbezogen wurden, im Einvernehmen zwischen dem Handelsminister, der für die Bergakademie, und dem Kultusminister, der für die Universitäten und Technischen Hochschulen zuständig war, an die Technische Hochschule Breslau versetzt (3).

Die Wahlsitzung des Professorenkollegiums zur Neuwahl des Rektors fand bereits am 5. März 1924 statt. Ohne Spackeler zählte das Professoren-Kollegium zehn o. Professoren, wovon Osann Abwesenheit als hinreichend begründet anerkannt und sein schriftliches Votum zugelassen wurde. Bei zehn abgegebenen Stimmzetteln entfielen sieben auf Birckenbach, zwei auf Bruhns und eine auf Süchting. Das Protokoll ist von den Professoren Valentiner und König unterzeichnet, die Abschrift vom Bergobersekretär Denecke beglaubigt worden (3). Die Bestätigung des Ministers (J.-No. Ia 424) datiert vom 16. März 1924 (3). Neben den hochschulinternen und örtlichen Benachrichtigungen sind auch Mitteilungen über den Rücktritt Spackelers und die Wahl Birckenbachs an den Verband der Deutschen Hochschulen sowie an die benachbarten Hochschulen Göttingen, Hannover und Hannoversch Münden gemacht worden (3). Die Rektoratseinführung Birckenbachs erfolgte während einer akademischen Feier, zu welcher der Minister für Handel und Gewerbe, die Professoren, Dozenten, Assistenten, Beamten und der 1. Vorsitzende des Ausschusses der Studierenden zum 20. Mai 1924, 5 Uhr nachmittags, in den Festsaal des Kurhauses Voigtlust eingeladen wurden (4). In Vertretung des Ministers nahm der Regierungspräsident des Regierungsbezirks Hildesheim, Dr. von Halfern, teil (4).

Prorektor Valentiner begrüßte den neuen Rektor und die Gäste, insbesondere den Regierungspräsidenten, und gab dann einen kurzen Rektoratsbericht. Der neue Rektor sprach über die *Ziele und Probleme der Chemie und ihre Beziehung zur Wirtschaft*.

Offenbar wirkten auch die Studenten an der Feier mit, denn der Rektor bedankte sich mit einem Brief (23. Mai 1924) beim Studentenausschuß (4).

Am 13. Mai 1925 richtete Rektor Birckenbach ein vertrauliches Schreiben an die ordentlichen Professoren der Bergakademie, in welchem er auf den Paragraphen 8 Abs. 1 der Satzung hinwies, der die Bestimmung enthielt, daß der Rektor aus der Zahl der ordentlichen Professoren gewählt wird. Birckenbach hatte mit Ministerialrat Hüser im Handelsministerium über eine Ausnahmeregelung für die anstehende Rektorwahl für die Amtsperiode 1925/27 gesprochen. Die Bergakademie hatte 1923 Eduard Haber, Bergassessor a. D., früherer Gouverneur des deutschen Schutzgebietes Neu-Guinea und am 30. September 1923 aus dem Amt des Präsidenten des Reichsausgleichsamtes durch Pensionierung ausgeschieden, als hauptamtlichen Dozenten für Volkswirtschafts- und Bergwirtschaftslehre verpflichten können. Ein Antrag der Bergakademie, Haber ein persönliches Ordinariat zu verleihen (J.-No. 1115 vom 3. Juni 1924), war fehlgeschlagen, doch war Haber mit Erlaß des Ministers vom 27. September 1924 (J.-No. I 6641) zum Honorarprofessor ernannt worden und erhielt auf Wunsch des Professoren-Kollegiums durch die ministerielle Genehmigung Sitz und Stimme im Kollegium.

Offenbar im Hinblick auf die im Herbst des Jahres 1925 anstehende 150-Jahrfeier der Bergakademie hatten sich die Ordinarien darauf verständigt, den früheren Gouverneur und Präsidenten einer Reichsbehörde wegen seiner gesellschaftlichen Stellung zum Rektor zu wählen, denn zu diesen mehrtägigen Feiern wurden hohe Repräsentanten des Reiches und Preußens erwartet. Wie Rektor Birckenbach in seinem Schreiben mitteilte, hatte Haber in Sondierungsgesprächen seine Bereitschaft erkennen lassen, das Amt des Rektors zu übernehmen.

An der Wahlsitzung am Mittwoch, dem 20. Mai 1925, 6 h s. t., nahmen die o. Professoren Birckenbach, Bode, Fox, Grumbrecht, König, Osann, Süchting und Valentiner sowie der Honorarprofessor Haber teil. Die Stimmzettel der entschuldigenden o. Pro-

fessoren Bruhns, Hoffmann und Schulz wurden als gültig anerkannt. Zehn der elf abgegebenen Stimmen entfielen auf Haber, eine auf Osann. Haber nahm die Wahl an (3).

Am 22. Mai 1925 berichtete der Rektor dem Minister (G.-No. 1373) und bat um die Bestätigung der Wahl Habers in Abweichung von der gültigen Satzung. Der Minister bestätigte die Wahl (J.-No. I 4889 vom 5. Juni 1925) *ausnahmsweise* (3). Der Rektor schickte am 12. Juni 1925 eine beglaubigte Abschrift des ministeriellen Erlasses an Haber (J.-No. 1505) und verfügte die Benachrichtigung der Presse und der Hochschulen.

Haber erkrankte jedoch im Sommer so schwer, daß er am 14. September 1925 dem Kurator und dem Rektor unter Beilegung eines ärztlichen Zeugnisses mitteilen mußte, daß es ihm nicht gestattet sei, *neben der Vorbereitung der Vorlesungen für das Wintersemester vom kommenden Monat ab die umfangreichen Geschäfte des Rektorats wahrzunehmen und die mit der bevorstehenden 150-Jahrfeier verbundene Repräsentation zu leisten*. Haber bat um Beurlaubung von den Rektoratsgeschäften während der ersten sechs Wochen des Rektorats. Diesem Wunsch entsprach der Kurator Berghauptmann Bornhardt mit Schreiben vom 19. September 1925. Bereits am 5. Oktober ersuchte jedoch Haber den Minister um Entbindung vom Rektoramt, nachdem er in Berlin von einem renommierten Mediziner auf die Notwendigkeit einer Operation hingewiesen worden war. Diesem Wunsch entsprach der Minister mit Erlaß vom 9. Oktober 1925 (G.-No. I 9125).

Die nun fällige Sitzung zur Neuwahl des Rektors fand am 13. Oktober 1925, 11 Uhr c. t., statt. Die beglaubigte Abschrift des knapp gehaltenen Sitzungsprotokolls lautet: 1. Neuwahl des Rektors. Zu 1. Zum Rektor wird einstimmig Professor Dr. Valentiner gewählt. Das Professorenkollegium dankt Herrn Professor Valentiner ausdrücklich dafür, daß er unter den waltenden schwierigen Verhältnissen das Rektorat wieder übernehmen will (3).

Die Bestätigung Valentiners erfolgte bereits zwei Tage später telegrafisch und wurde nachfolgend durch Erlaß (J.-No. I 9378) bestätigt (3). Auch die Anzeige der Amtsübernahme erfolgte unverzüglich am nächsten Tag.

Eile war geboten, denn die 150-Jahrfeier der Bergakademie stand in weniger als drei Wochen vom 2. bis 4. November 1925 mit etwa 1400 Gästen vor der Tür. Sie mußte teilweise in Goslar und zum Teil in Clausthal-Zellerfeld stattfinden. Zu dieser Feier sollten der Minister Dr. Schreiber, der Staatssekretär Dönhoff, der preußische Oberberghauptmann Schanz, ein Reichskommissar, ein Vertreter der Reichsregierung, der Oberpräsident der Provinz Hannover, Noske, Regierungspräsident von Halfern, zahlreiche Rektoren, Dekane, die Spitzen der Bergbehörden und Montanindustrien erscheinen. Zur 150-Jahrfeier kamen auch die Abgeordneten des Deutschen Reichstages und des Preußischen Landtags. Im Gegensatz zu heute wurden vor 1945 Parlamentarier zu den üblichen Rektoratsfeiern nicht eingeladen (7).

Angesichts der hochrangigen Besucherschar fiel die Begrüßung des scheidenden Rektors Birckenbach am 3. November 1925, vormittags in der Goslarer Kaiserpfalz, länger als gewöhnlich aus. Er gab den üblichen Rektoratsbericht und endete seine Rede mit Glückwünschen für die neue Magnifizenz. Dann hingte er dieser die soeben von ehemaligen preußischen Bergassessoren gestiftete Amtskette um, welche von Professor Reifferscheid, Berlin, entworfen, von dem Goldschmied Bernhard Reimann, Berlin, gefertigt worden war (7).

Erstmals trugen die Professoren der Bergakademie Talar und Barett. Neu war auch die Verleihung einer Ehrendoktorwürde und von zwei Ehrenbürgerwürden vor der Rektoratsrede durch den neuen Rektor (7). Der Vortrag Valentiners behandelte die zukünftige Gestaltung der naturwissenschaftlichen Ausbildung von Studenten an der Bergakademie Clausthal.

Vor der Wahl des Rektors für die Amtsperiode 1927/29 kam es zur Bildung zweier Fraktionen von Professoren. Eine Gruppe, nämlich ihr Wortführer Osann sowie Bode, Hoffmann und Süchting, betrieben die erneute Wahl Habers, während die Mehrheit mit Rektor Valentiner an der Spitze sich gegen die Wahl Habers formierte.

Der Rektor lud zur Wahl am 1. Juni 1927, wobei es schon bezüglich der Gestaltung der Wahlzettel und des Wahlverfahrens zu Meinungsverschiedenheiten zwischen Osann und Valentiner kam (3). Zwar hatte Haber durch ministeriellen Erlaß vom 24. September 1924 Sitz und Stimme im Professoren-Kollegium, doch beharrte der Rektor auf dem Wortlaut der Satzung, daß nur die ordentlichen Professoren wahlberechtigt und wählbar seien.

Zur Wahlversammlung erschienen die ordentlichen Professoren Birckenbach, Bode, Bruhns, Fox, Grumbrecht, Hoffmann, König, Osann, Süchting, Valentiner und Honorarprofessor Haber. Schulz hatte ein schriftliches Votum hinterlegt.

Nach der Klarlegung der gegenteiligen Positionen machte der Rektor den Vermittlungsvorschlag, *die Wahl einmal mit Herrn Habers aktiver und passiver Wahlbeteiligung und einmal ohne diese vorzunehmen, und das Ergebnis dem Herrn Minister zur Entscheidung vorzulegen* (3). Diese Taktik beruhte wahrscheinlich auf der Tatsache, daß zwei Jahre vorher das Ministerium der *ausnahmsweisen* Wahl Habers nur unter der Bedingung zugestimmt hatte, daß sie den vollen Konsens aller Ordinarien fände.

Osann stellte den Antrag, die Wahl zu vertagen, bis der Herr Minister die Entscheidung getroffen hat, ob Herr Haber aktives und passives Wahlrecht besitzt (3). Wahrscheinlich hoffte diese Fraktion, Habers gesellschaftliches Ansehen in Berlin als ehemaliger Präsident einer hohen Reichsbehörde nutzen zu können.

Rektor Valentiner lehnte ab, da satzungsgemäß zur Wahl geladen war. Daraufhin verließen von den anwesenden zehn ordentlichen Professoren vier, nämlich Bode, Hoffmann, Osann und Süchting sowie Haber das Sitzungszimmer. Die verbleibenden sechs Ordinarien nahmen die Wahl vor, und unter Einbeziehung des schriftlichen Votums von Schulz ergab sich, daß fünf der abgegebenen Stimmen auf Grumbrecht, eine auf Haber entfielen und eine ungültig war. Grumbrecht nahm die Wahl an. Ein diesbezügliches Protokoll wurde verlesen, nachdem Bode, Hoffmann, Osann und Süchting wieder erschienen waren.

Mit Bericht vom 2. Juni 1927 bat der Rektor den Minister um die Bestätigung der Wahl Grumbrechts und fügte dem Protokoll noch einen Bericht mit der Darstellung seiner eigenen Position bei. Osann gab aber noch nicht auf und schickte am gleichen Tag namens der vier Ordinarien unter Umgehung des Dienstweges einen Bericht an den Minister, in welchem er die Ordnungsmäßigkeit der erfolgten Wahl in Frage stellte (3). Hiergegen wehrte sich der Rektor mit einer ausführlichen Darstellung seines Handelns und der formalrechtlichen Grundlagen der erfolgten Wahl, wie sie sich aus der Satzung herleiteten (3).

Am 5. Juni 1927 schickte nun auch Haber eine umfangreiche Eingabe an den Minister und begründete die Umgehung des üblichen Dienstweges über den Rektor und den Kurator mit der Eilbedürftigkeit der Angelegenheit (3).

Am 11. Juni 1927 schrieb Ministerialrat Hüser eine private Karte an Professor Valentiner, daß der *Staatssekretär die Entscheidung in der Rektoratsfrage dem Herrn Minister vorbehalte*.

Mit Eilerlaß (J.-No. I 4467) vom 16. Juni 1927 nahm der Minister zu den Eingaben von Osann et al. und Haber Stellung und bat den Rektor, den *Beteiligten zu eröffnen, daß Habers Sitz und Stimme sich auf den im § 10 in der Satzung festgelegten Geschäftskreis des Professorenkollegiums beschränkt. Das im § 8 der Satzung besonders geregelte Verfahren bei der Wahl des Rektors wird durch diesen Erlaß (27. September 1924) nicht berührt. Danach besitzt Professor Haber, da er nicht zu den ordentlichen Professoren zählt, weder das aktive noch das passive Wahlrecht*. Die Wahl Grumbrechts wurde bestätigt.

Grumbrecht hatte ab Sommersemester 1925 den beurlaubten Spackeler in dessen Professur für Bergbau und Aufbereitung vertreten und war, als dieser mit Beginn des Wintersemesters 1925/1926 an die Technische Hochschule Breslau versetzt worden war, dessen Nachfolger in Clausthal geworden (7).

Die Rektoratsübernahme wurde am 1. Oktober 1927 in der üblich gewordenen Form innerhalb der Bergakademie und außerorts angezeit.

Die feierliche Rektoratsübergabe wurde durch Beschluß des Professoren-Kollegiums auf den 19. November 1927 festgelegt (4). Sie sollte mit der Erstbenutzung des neuerrichteten Aula-Turnhallengebäudes verbunden werden. Hierzu hatte der Preußische Staatsminister für Handel und Gewerbe, Dr. Schreiber, seine Teilnahme zugesagt. Doch damit geriet die Planung in Terminzwänge, denn der Minister mußte seine Reise mehrfach verlegen und kam schließlich am Vortag, dem 7. November 1927, erst um 22.30 Uhr in Halberstadt an, von wo er mit einem Auto nach Clausthal geholt wurde (4).

Mit dem Minister erschienen die Spitzen der Provinzialregierung, der Regierungspräsident, die Rektoren benachbarter Hochschulen und viele hochrangige Persönlichkeiten des deutschen Bergbaus und der Hüttenindustrie, die Grumbrecht in vielen Einzelbriefen in sehr persönlicher Weise angeschrieben hatte (4). Grumbrecht schaffte es, die Aulahalle bis zur feierlichen Rektoratsübergabe soweit fertigstellen zu lassen, daß sie für den Festakt benutzbar wurde, wenn auch das angrenzende Terrain durch die Baustellen der noch nicht fertiggestellten Turnhalle, der Schwimmhalle, des Instituts für Elektrotechnik und des Chemischen Instituts wüst aussah. So wies denn auch die Braunschweigische Landeszeitung in ihrer Ausgabe vom 9. November 1927 darauf hin, daß die Einweihung erst in zwei Jahren nach der Fertigstellung des gesamten Gebäudeensembles an den Spittelwiesen stattfinden werde.

Das Programm, welches Grumbrecht für die Rektoratsfeier am 8. November 1927 gestaltet hatte, wurde für die kommenden Rektoratsfeiern bis zum nationalsozialistischen Umbruch zum Vorbild (4). Um 11 Uhr zogen die Chargierten der Verbindungen mit ihren Fahnen sowie der Lehrkörper ein. Hierzu spielte das Bergmusikcorps einen Marsch. Danach folgte die Coriolan-Ouvertüre.

In seinem Rektoratsbericht forderte Valentiner ein erweitertes großzügiges Bauprogramm für die Bergakademie, zum Beispiel die Errichtung eines neuen bergmännischen Instituts an der Stelle des alten chemischen Laboratoriums (heute Frontseite des TU-Hauptgebäudes zur Adolph-Roemer-Straße), wozu planmäßig zehn Tage vor der Feier eine Stiftung von 5000 Mark seitens der Industrie zugesagt wurde (4). Desweiteren griff der scheidende Rektor die Pläne der Universität Münster an, eine montanwissenschaftliche Abteilung mit mehreren Lehrstühlen gründen zu wollen.

Der neue Rektor, der wenige Jahre früher noch Direktor eines Steinkohlenbergwerks gewesen war, hielt seine Antrittsrede über aktuelle Probleme des Bergbaus, wobei er auch arbeitspolitische Probleme ansprach, die in der Presse, aber auch bei Bergbau-Berufsverbänden einigen Widerhall fanden (4). Die Saale-Zeitung (Ausgabe 11. November 1927) druckte einige Passagen der Rede Grumbrechts gesperrt, wie diese: *Abgesehen von verschwindend geringen Ausnahmen, vornehmlich in kleineren Werken, steht das Gros der Arbeiter dem Betrieb, in dem sie schaffen, der ihnen Brot und Unterhalt gibt, feindlich oder bestenfalls teilnahmslos gegenüber*. Er forderte bessere Bildung und Ausbildung der Arbeiter, um ihr Selbstbewußtsein zu heben und äußerte die Überzeugung, daß *in der Heranbildung einer gehobenen Arbeiterschaft durch intelligente Führer ein sicherer Aufstieg aller, auch der untersten Schichten und damit eher eine Lösungsmöglichkeit des sozialen Problems gefunden sei als in der sinnlosen Gleichmacherei eines radikalen Kommunismus*. Grumbrecht kommentierte die Eindrücke, die er in Sowjet-Rußland empfangen hatte, äußerst negativ. Die Rede des Ministers läßt sich diagonal lesen, da sie keine Akzente enthält (Saale-Zeitung vom 11. November 1927).

Nach den Ansprachen spielte das Orchester ein Allegro aus der fünften Sinfonie von Beethoven, und es erfolgte der Auszug der Chargierten und des Lehrkörpers begleitet von Marschmusik (4). Nach dem Festessen in Voigtlslust und einem Besuch des Oberbergamts nahm der Minister mit dem neuen Rektor und dem Berghauptmann einen Fackelzug der Studenten vor der Woh-

nung des Rektors ab. Hierzu gab es einen längeren Briefwechsel mit den Bergräten im Handelsministerium (4), weil der Rektor nicht wollte, daß der Fackelzug vom Balkon des Oberbergamts, dem Sitz des Berghauptmanns, abgenommen würde.

Am 8. und 9. November 1927 besichtigte der Minister jeweils Teile der Bergakademie und hat *hierbei auch die ihm für den weiteren Ausbau der Bergmännischen und Hüttenmännischen Institute vorgebrachten Wünsche freudlichst entgegengenommen* (ÖA vom 10. November 1927), doch mußte sich die Bergakademie noch ein viertel Jahrhundert gedulden, bis sich diese Wünsche realisieren ließen.

Die nächste Rektorwahl wurde für den 8. Mai 1929, um 8 Uhr abends anberaumt. Anwesend waren die Professoren Birckenbach, Bode, Grumbrecht, Hoeltge, Paschke, Schulz und Valentin. Das Professoren-Kollegium erkannte die Abwesenheit der Professoren Fox, König und Süchting als begründet an. Professor Hoffmann, der aus privaten Gründen eine Terminverlegung beantragt hatte, verzichtete auf die schriftliche Stimmabgabe (3). Neun Stimmen entfielen auf den Mathematiker König und eine auf Süchting. Das Protokoll ist von Hoeltge und Grumbrecht unterschrieben, die Abschrift vom Bergverwaltungs-Inspektor Denecke beglaubigt worden.

Am 11. Mai 1929 baten Rektor und Professoren-Kollegium (Gesch.-Nr. I 1229) den Minister um die Bestätigung der Wahl, welche am 24. Mai 1929 (J.-No. I 3705) für die *Amtsperiode Juli 1929 bis Juni 1931* erfolgte. Die Benachrichtigungen ergingen in gewohnter Weise, doch erstmalig erscheinen im Verteiler sämtliche deutschen technischen Hochschulen (3).

Die feierliche Rektoratsübergabe am 29. Juni 1929, das war zwei Tage vor dem offiziellen Beginn der Amtsperiode am 1. Juli (siehe Satzungsänderungen Seite 26) wurde mit einer politischen Demonstration deutsch-nationaler Studenten und Professoren verknüpft (4). Der 28. Juni 1919 war der Tag der Unterzeichnung des in seinen Folgen so unseligen Friedensvertrages von Versailles. Zum zehnjährigen Gedenken an dieses Ereignis, welches in der deutschen Öffentlichkeit als Versailler Diktat bezeichnet wurde, läuteten nachmittags um 3 Uhr in allen Orten Deutschlands die Glocken. Die Clausthaler Studenten hatten ihre traditionelle Sonnenwendfeier auf der Ringer Halde um eine Woche auf den 28. Juni verschoben (4). Wie überall in Deutschland, wurden auch auf der Ringer Halde politische Reden gegen die sogenannte Kriegsschuldfrage gehalten, denn in weiten Teilen der Welt wurden die Politiker Deutschlands und Österreich-Ungarns allein für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges verantwortlich gemacht. Auf der Ringer Halde sprachen zu diesem Themenkreis vor den national-gesinnten Studenten, Professoren, Mitgliedern des Vereins von Freunden und Einwohnern Clausthal-Zellerfelds Professor Dr. Paschke und der Student Loerbroks (Germania). Die Studenten hatten eine Resolution verfaßt, die die Revision drückender Bestimmungen des Versailler Vertrages forderte (4).

Anschließend veranstalteten die Studenten einen Fackelzug zu den Wohnungen des scheidenden Rektors Grumbrecht und des neuen Rektors König (4).

Die feierliche Rektoratsübergabe erfolgte am nächsten Tag in der neuen Aula im gleichen Rahmen wie zwei Jahre zuvor. Ein- und Auszug des Lehrkörpers und der Chargierten erfolgten zu Marschmusik, der Rechenschaftsbericht des scheidenden Rektors und der Vortrag des neuen Rektors wurden von klassischer Musik (Händel und Haydn) umrahmt. Grumbrecht sprach über allgemeine Bildungsaufgaben der Universitäten und Hochschulen und über Vorzüge der kleinen Hochschulen gegenüber der Massenausbildung an großen, – ein Thema, welches bis heute aktuell geblieben ist. Dann folgte der Dank des scheidenden Rektors an den preußischen Staat und die zahlreichen Stifter für die Bereitstellung von Mitteln zur Errichtung und den Ausbau der neuen Institute, der Schwimm- und Turnhalle, der Sportplätze und der Skihütte (4).

Als nicht ganz neues Element (siehe 150-Jahrfeier) wurde die Verleihung der Ehrendoktorwürde an drei Direktoren großer Industriebetriebe aufgenommen, deren Ehrung vom Professoren-

kollegium einstimmig *wegen ihrer großen Verdienste um die Technik und das Wirtschaftsleben beschlossen worden sei* (4). Der Rektoratsvortrag Königs behandelte *Aufgaben, Ziele und Probleme der Mathematik*.

Am Nachmittag nach der Rektoratsübergabe hielt der Verein von Freunden der Bergakademie seine achte ordentliche Hauptversammlung (4).

Interessant ist die Tatsache, daß in Presseberichten (Öffentliche Anzeigen vom 29. Juni 1929) wie auch im Hannoverschen Anzeiger (2. Juli 1929) die Reihenfolge der Begrüßung durch den scheidenden Rektor Grumbrecht abgedruckt ist. Erst werden die Berghauptleute oder ihre Vertreter im Amt einzeln genannt, dann pauschal die Vertreter der Bergbehörden und erst dann folgt der höchste politische Beamte, nämlich Gustav Noske, Oberpräsident der preußischen Provinz Hannover, früherer Reichsminister. Das Fehlen von Parlamentariern und die vorgenannte Rangfolge zeigen, wie weit die öffentliche Position der damaligen Bergakademie von der heutigen Stellung der Technischen Universität Clausthal im Spannungsfeld der regionalen Politik und Wirtschaft entfernt war.

Die nächste Rektorwahl fand am 6. Mai 1931, um 18 Uhr c. t. statt. Anwesend waren die Professoren Birckenbach, Drescher, Grumbrecht, Hoeltge, König, Nehm, Paschke, Schulz, Süchting und Valentin. Die Entschuldigung Bodes wurde seitens des Kollegiums als ausreichend angesehen. Er hatte einen Stimmzettel im verschlossenen Umschlag eingereicht. Hoffmann fehlte unentschuldig (3). Im Wahlgang erhielt Paschke neun Stimmen, Hoeltge eine Stimme, ein Stimmzettel blieb unbeschriftet. Paschke war somit gewählt und nahm die Wahl an. Das Protokoll wurde von Nehm und König unterschrieben, die Abschrift von Bergverwaltungs-Inspektor Denecke beglaubigt (3).

Am folgenden Tag berichteten Rektor und Professorenkollegium (Gesch.-Nr. I 1316) an den Minister und baten um die Bestätigung der Wahl, was mit Datum vom 8. Mai 1931 (J.-No. I 3003 Boe) geschah (3). Es erfolgten die üblichen Benachrichtigungen an die Behörden, an die Rektoren der benachbarten hannoverschen und braunschweigischen Hochschulen, an die Technischen Hochschulen im Reich und erstmals an die Bergakademie Freiberg (3).

In der Akte findet sich zum ersten Mal ein offizielles Schreiben des „Berghauptmanns zu Clausthal“ vom 2. Juli 1931 (J.-No. D 378), in welchem Berghauptmann Dr. Weise sich für die Mitteilung der Rektoratsübernahme bedankte und dem Wunsch auf gute Zusammenarbeit Ausdruck verlieh (3). Die Bergakademie war der Ziehmutter Oberbergamt entwachsen.

Die Einladung zur feierlichen Rektoratsübergabe innerhalb der Bergakademie erfolgte seit 1927 durch getrennte Umläufe (4). Die aus dem Jahr 1924 erhaltene Einladung Birckenbachs (4) lief noch bei den o. Professoren, Dozenten, Assistenten und Beamten in einem Exemplar um und wurde von insgesamt 41 Personen abgezeichnet.

1931 gingen getrennte Umlauflisten jeweils an die Gruppen der Professoren, der Dozenten im Hauptamt, solcher im Nebenamt, der Privatdozenten, an die Gruppe der Assistenten, der Beamten sowie der Angestellten und Lohnempfänger (4). Für die Studenten erfolgte die Einladung durch Anschlag am Schwarzen Brett. Die Umlaufformulare zur Rektoratsfeier am 4. Juli 1931 enthalten Personenlisten, welche erkennen lassen, in welchem beträchtlichen Umfang Regierung und Landtag den personellen Ausbau der Bergakademie Clausthal betrieben hatten (4). Der Personalstand umfaßte 12 o. Professoren, 8 hauptamtliche Dozenten, 3 Privatdozenten aus der Gruppe der Assistenten, 39 Assistenten, 4 Beamte und 61 Angestellte und Lohnempfänger. Bei den Angestellten und Lohnempfängern wurde keine Namensliste vorgegeben, so daß die 61 Unterschriften vielleicht die Gruppe nicht vollständig repräsentieren. Jedenfalls ergibt sich ein Personalbestand von mindestens 133, wovon 72 den Gruppen der Professoren, Dozenten, Assistenten und Beamten angehörten. Im Jahr 1924 hatten diese Gruppen nur 42 Personen umfaßt, so daß hier ein

Zuwachs von fast 60 % erfolgt war.

Die Feierlichkeiten zur Rektoratsübergabe wurden wie zwei Jahre zuvor mit der Sonnenwendfeier auf der Ringer Halde und der Jahreshauptversammlung des Vereins von Freunden der Bergakademie verbunden (4). Die Sonnenwendfeier wurde mit einer Ansprache des Studenten Laudin eingeleitet. Dieser folgte die Rede Professor Nehms über den Reichsfreiherrn vom Stein. Nach dem Absingen des Deutschlandliedes marschierten die Studenten mit Fackeln, begleitet von einer Musikkapelle, zum Haus des scheidenden Rektors König, der eine Ansprache an die Studenten richtete, in welcher er Aspekte des Hochschulsports behandelte. Anschließend bewegte sich der studentische Fackelzug zur Wohnung des neuen Rektors Paschke, der eine deutsch-völkische Rede mit Bezügen zum Nibelungen-Mythos hielt und Verse rezitierte, in denen Hermann der Cherusker, Eichen, Eisen, Not, Stahl, Deutschlands edle Erde und die deutsche Jugend, die zu Stahl werden sollte, in heute kaum noch verständlicher Weise zusammengefügt sind (4). Der Fackelzug endete vor der Aula.

Die Feierstunde am folgenden Tag in der Aula begann um 11.15 Uhr und besaß den gleichen Rahmen wie die vorangegangenen Rektoratsübergaben auch. Jedoch besann sich der Mathematiker König bei seiner Begrüßung (4) auf die übliche Etikette und begrüßte die Vertreter der preußischen Regierung, den Oberpräsidenten der Provinz Hannover, Noske, den Landeshauptmann Hagemann, den Regierungspräsidenten Dr. Höhn, Hildesheim, und die Rektoren der Universität Göttingen, der Technischen Hochschulen Braunschweig und Hannover sowie der Tierärztlichen Hochschule, verschiedene Leiter von Landesbehörden und den Oberbürgermeister von Goslar, Dr. Klinge, bevor er Berghauptmann Dr. Weise als Kurator der Bergakademie, den Direktor der Oberharzer Berg- und Hüttenwerke, Oberbergrat Wolf, und den Clausthal-Zellerfelder Bürgermeister Storch als lokale Repräsentanten begrüßte. Dann folgte der übliche Rektoratsbericht, der diesmal keine herausragenden Ereignisse verzeichnete.

Am Ende teilte König mit, daß der früher bestehende Preis der Bergakademie wieder gestiftet werde und las drei Preisaufgaben vor, bei denen sich Studenten mit dem Satzprozeß, mit mikroskopisch-gefügekundlichen und tektonischen Untersuchungen im Westteil des Rammelsberger Erzlagers und mit Eigenschaften von Formsanden befassen sollten (4). Nachfolgend übergab König die Amtskette an Paschke.

In seinem Rektoratsvortrag behandelte Paschke *Die Entwicklung der Metallurgie des Eisens, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der wechselseitigen Beeinflussung deutscher und englischer Technik* (4).

Um 13.30 Uhr trafen sich die Teilnehmer der Rektoratsübergabe zu einem gemeinsamen Frühstück im Kurhaus Voigtst. Um 6 Uhr abends begann dort auch die Hauptversammlung des Vereins von Freunden.

Am 19. Oktober 1931 teilte der Rektor dem Minister mit (G.-Nr. I 3041), daß mit Beschluß des Professorenkollegiums vom 17. Oktober 1931 ein Verwaltungsausschuß zur Unterstützung des Rektors gewählt wurde, dem neben dem Rektor der Prorektor und die Professoren Birckenbach und Süchting angehörten (3). Damit knüpfte Paschke an den vergeblichen Versuch Valentiners im Wintersemester 1926/27 an, den Rektor durch ein ihm zuarbeitendes kleines Gremium zu entlasten. Mit Schreiben vom 23. Mai 1933 (G.-Nr. I 1279) gab Paschke einen Entwurf zur Bildung eines Senats an der Bergakademie den Professoren zur Kenntnis, der sich aus Elementen der verschiedenen Entwürfe des Wintersemesters 1926/27 zusammensetzte, doch wurde diese Initiative von der politischen Entwicklung an den deutschen Hochschulen überholt.

Am 12. Mai 1933 richtete Prorektor König einen Bericht (G.-Nr. 1156) an den Minister für Wirtschaft und Arbeit (vorher Handel und Gewerbe) und bat wegen der besonderen Umstände um die Genehmigung einer Verschiebung der Rektorwahl unter Abweichung vom Paragraphen 8 der Satzung, die in ihrer geänderten Fassung von 1928 die Wahl vor dem 15. Mai 1933 vorschrieb (3).

Der Reichskommissar, der für die aufgelöste preußische Regierung des Kabinetts Braun die Geschäfte im preußischen Wirtschaftsministerium führte, genehmigte mit Erlaß vom 22. Mai 1933 (G.-Nr. I/D. II. 6.102.Boe) die Verschiebung bis spätestens 15. Juni 1933. Als Reichskommissar fungierte der Ehrenbürger der Bergakademie Clausthal, Dr. Alfred Hugenberg, der Reichsminister für Wirtschaft und Ernährung im ersten Kabinett Hitler war. Der Großindustrielle Hugenberg war als Vorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei einer der Begründer der Harzburger Front, die die Nationalsozialisten salonfähig machte und Hitlers politischen Aufstieg zum Regierungschef ermöglichte.

Die Rektorwahl fand während der Sitzung des Professorenkollegiums am 30. Mai 1933, 18 Uhr c. t., statt (3).

Anwesend waren die o. Professoren Birckenbach, Bode, Drescher, Grumbrecht, Hoeltge, König, Nehm, Paschke, Schulz, Süchting und Valentiner. Der Lehrstuhl für Metallhüttenwesen war zu dieser Zeit vakant.

Auf Valentiner entfielen zehn Stimmen, auf Birckenbach eine Stimme. Valentiner nahm die Wahl zu seinem dritten Rektorat an. Das Protokoll wurde von Nehm und Paschke unterzeichnet, die Abschrift von Bergverwaltungs-Inspektor Denecke beglaubigt.

In seinem Bericht vom darauffolgenden Tag teilte der Rektor (Gesch.-Nr. I 1362) dem Minister das Wahlergebnis mit und bat um die Bestätigung der Wahl, welche am 10. Juni 1933 (J.-Nr. I/D. II 6.102 Boe) erfolgte (3). Die Publikation der Wahl erfolgte nach dem üblichen Verteiler, doch wurden erstmals die größten Tageszeitungen in Hannover, Braunschweig und Göttingen neben der örtlichen Presse und den Fachzeitschriften benachrichtigt.

Rektor und Professorenkollegium luden noch einmal in der bisher geübten Weise zur Einführung des neuen Rektors am 1. Juli 1933 ein, und wieder wurde die Einladung zugleich mit der zur Jahreshauptversammlung des Vereins von Freunden der Bergakademie verbunden (4). Das Programm lehnte sich an solche früherer Rektoratsübergaben an. Am Vorabend (30. Juni 1933) fand wiederum die Sonnenwendfeier der Studentenschaft statt, anlässlich derer Professor Grumbrecht und der „Führer der Studentenschaft“ das Wort ergriffen. Anschließend erfolgte der übliche Fackelzug der Studentenschaft zu den Wohnungen des scheidenden und des neuen Rektors (4).

Der Rahmen der Rektoratsfeier in der Aula am 1. Juli 1933 um 11 Uhr c. t. war der übliche. Ein- und Auszug der Chargierten und Professoren erfolgten nach Marschmusik. Doch wurde das übrige musikalische Programm geändert. Das Orchester spielte vor dem Rektoratsbericht Paschkes das Meistersinger-Quintett von Wagner, nach dem Bericht wurde von Schubert „Grenzen der Menschheit (Text von Goethe)“ gespielt, und nach dem Vortrag des neuen Rektors Valentiner „Die Ethik der deutschen Hochschule“ erfolgte erstmalig das Absingen der jeweils ersten Strophe des Deutschlandliedes und des Horst-Wessel-Liedes. Die nationalsozialistische Okkupation der Bergakademie hatte eingesetzt und fand nun auch ihren äußerlichen Ausdruck.

Um 13.30 Uhr folgte ein Frühstück im Kurhaus Voigtst. und anschließend eine Besichtigung der neuen Abteilungen der Bergakademie auf dem Gelände des 1930 stillgelegten Kaiser-Wilhelm-Schachts, wo die Aufbereitung und das Institut für Kohlechemie mit nicht unerheblichen Zuschüssen der Montanindustrie untergebracht worden waren (4). Am Nachmittag erfolgten in gewohnter Manier die Vorstandssitzung und die Hauptversammlung des Vereins von Freunden im Kurhaus Voigtst.

Bei der Planung der Versammlung des Vereins von Freunden der Bergakademie gab es noch eine Irritation, wie ein am 16. Juni 1933 durch das Sekretariat der Bergakademie angelegter Aktenvermerk ausweist (4), welcher eine Vorverlegung der Vorstandssitzung und der Hauptversammlung festhält, um für einen Vortrag des Ingenieurs Gottfried Feder, Mitglied des Reichstages und Mitbegründer der Urzelle der NSDAP in München in den Jahren 1919/1920, zeitlichen Raum zu schaffen. Letztlich kam Feder dann doch nicht nach Clausthal-Zellerfeld.

Satzungsänderungen in der Zeit von 1919 bis 1933

Im Wintersemester 1926/27 wurde die Bildung eines Senats an der Bergakademie Clausthal und eine diesbezügliche Änderung der Satzung vom 14. Mai 1919 diskutiert (3). Einem Entwurf von Bruhns, der den Senat aus Rektor, Prorektor und drei Altrektoren zusammensetzen wollte, standen ein Änderungswunsch Süchtings und ein völlig neuer Entwurf von Schulz, der je einen Senator aus drei Fachbereichen neben Rektor und Prorektor vorsah, gegenüber. Am 28. April 1927 unterschrieb Rektor Valentiner einen Aktenvermerk, daß *die Senatsangelegenheit laut Sitzungsbeschluß auf unbestimmte Zeit vertagt wird* (3).

Mit Schreiben vom 4. Dezember 1928 (I 2852) beantragte der Rektor der Bergakademie Clausthal beim Minister die Abänderung des Paragraphen 8, Abs. 2 und 4 der Satzung (3). Er bat um Vorverlegung der Rektorwahlen vor dem 15. Mai und des Amtsantritts vom 1. Oktober auf den 1. Juli, so daß die Amtsperiode nunmehr jeweils am 30. Juni enden würde. Die Begründungen hierfür lauteten, daß *die offizielle Feier erst Anfang November stattfinden kann, da die Mehrzahl der Studierenden nicht vor Ende Oktober aus den großen Ferien bzw. aus der Praxis zurückkehren* (3).

Außerdem wies Grumbrecht darauf hin, daß die Rektorenkonferenz jeweils Anfang Oktober stattfinde und der neue Rektor noch nicht eingearbeitet sei.

Dann wieder kommt er auf die feierliche Rektoratsübergabe zurück und weist auf das Fernbleiben wichtiger Gäste hin, wenn der Winter bereits eingebrochen sei. Mit Erlaß (J.-Nr. I 9330) vom 18. Dezember 1928 genehmigte der Minister die beantragte Satzungsänderung (3).

Zusammenfassende Würdigung

Die zur Jahreswende 1918/19 von Clausthaler Professoren unter der Leitung von Bruhns erarbeitete Wahlrektoratsverfassung, die vom Preußischen Staatsministerium nur wenig verändert im Mai des Jahres 1919 genehmigt wurde, weckte die Gestaltungskraft der Rektoren und des Professorenkollegiums. Sie erzeugte Initiativen zur Weiterentwicklung der Hochschule in der Lehre und Forschung, was in den zwanziger Jahren zu einer Blütezeit der Bergakademie Clausthal führte. Ein tüchtiges Professoren- und Dozentenkollegium verkraftete die enorm ansteigenden Studentenzahlen, welche innerhalb weniger Jahre auf mehr als das Vierfache der Vorkriegszeit anstiegen. Tüchtige Rektoren, wie Valentiner und Birckenbach, setzten im Verein mit dem ungemein rührigen Maschinenbauprofessor Süchting ein beachtliches Bauprogramm bei der preußischen Regierung und im preußischen Landtag durch, um der Raumnot Herr zu werden. Der Lehrkörper, die Zahlen der Assistenten, der Angestellten und Lohnempfänger

konnten bedeutend vergrößert werden. Dieser höchst positiven Entwicklung setzten die Weltwirtschaftskrise und der politische Niedergang der ersten deutschen Republik ein Ende.

Am Ende der Weimarer Republik besaß die Bergakademie die Achtung der deutschen Hochschulen, sie hatte einen guten Ruf bei den Forschungsförderungsorganisationen und hervorragende Beziehungen zu den deutschen und internationalen Montanindustrien. Das weisen die zahlreichen Stiftungen der zwanziger Jahre, die von der Industrie an der Bergakademie finanzierten Forschungsinstitute jener Zeit und die vielen Einladungen Clausthaler Professoren zur Mitwirkung bei Industrieprojekten in aller Welt aus.

Quellennachweis:

- (1) Akte: Bestrebungen von der Direktors- zur Rektoratsverfassung 1908–1911. Archiv der TU Clausthal.
- (2) Altakten: Satzungen und Rektoratsverfassung der Königl. Bergakademie zu Clausthal. Tit. (1a Nr. 1 Vol. IV und Nr. 5 Vol. I). Archiv der TU Clausthal.
- (3) Akte: Rektoratsverfassung und -wechsel 1919–1944. Archiv der TU Clausthal.
- (4) Akte: Rektoratsfeiern an der Bergakademie Clausthal 1924–1945. Archiv der TU Clausthal.
- (5) Protokollbuch: Niederschriften über die Sitzungen des Senats und des Prüfungsausschusses (ab 19. 5. 1936), ferner Protokolle der Sitzungen der Dozentenversammlungen bis 1945 und des Professorenkollegiums bis 21. 8. 1948. Archiv der TU Clausthal.
- (6) Die Preußische Bergakademie zu Clausthal. Festschrift zur 150-Jahrfeier 1925. Clausthal 1925.
- (7) Die Preußische Bergakademie zu Clausthal. Bericht über die 150-Jahrfeier. Clausthal 1925.
- (8) Festschrift zur 175-Jahrfeier der Bergakademie Clausthal 1775–1950. Clausthal-Zellerfeld 1950.
- (9) Technische Universität Clausthal zur Zweihundertjahrfeier 1775–1975. I. Die Bergakademie und ihre Vorgeschichte. Clausthal-Zellerfeld 1975.
- (10) Öffentliche Anzeigen für den Oberharz. Jg. 1929. Clausthal-Zellerfeld.
- (11) Akte: Dozentenschaft 1a Heft 7. Archiv TU Clausthal.
- (12) Nachrichten der Bergakademie Clausthal, Hefte 1–9, 1936–1944. Clausthal-Zellerfeld.
- (13) Müller, G. (1989): Probleme und Fakten im Zusammenhang mit der Wiedereröffnung der Bergakademie Clausthal nach dem Kriegsende 1945. Mitteilungsblatt TU Clausthal 67, 33–37 (1989).
- (14) Akte: Verlegung der Bergakademie Clausthal nach Goslar 1b. Archiv der TU Clausthal.
- (15) Akte: Verlegung der Bergakademie Clausthal nach Braunschweig 1938–1943 1b. Archiv der TU Clausthal.
- (16) Stubenvoll, B. (1988): Die Beteiligung der Technischen Hochschule Braunschweig an den Planungsvorgängen in der NS-Zeit. Mitteilungen TU Braunschweig XXIII, 39–52.
- (17) Akte: Wiedereröffnung der Bergakademie 1945–1948. Archiv der TU Clausthal.
- (18) Gutachten zur Hochschulreform. Studienausschuß für Hochschulreform. Office of the Educational Adviser. Hamburg 1948.
- (19) Neue Satzung nebst Ausführungsbestimmungen für die hiesige Bergakademie etc. 1908–1940. Archiv des Oberbergamtes Clausthal-Zellerfeld. Tit. XXVIa Nr. I, Vol. IV.
- (20) Müller, G. (1988): Aspekte der Zeitgeschichte unserer Hochschule. Mitteilungsblatt TU Clausthal 65, 20–27 (1988).
- (21) Müller, G. (1989): Soziale und regionale Herkunft von Bergschülern und Studenten der Bergschule und Bergakademie Clausthal im Zeitraum 1830 bis 1880. Mitteilungsblatt TU Clausthal 68, 20–24 (1989).